

# **INNERES**

## **Rechtsextremismus - Verstärkte Jugendprävention**

***Im vergangenen Jahr ist die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten gestiegen. Die Sicherheitsbehörden verstärken die Prävention.***

Im vergangenen Jahr erstatteten die Sicherheitsbehörden in Österreich 717 Anzeigen wegen rechtsextremistischer, neonazistischer, antisemitischer bzw. fremdenfeindlicher Straftaten, davon 119 gegen unbekannte Täter. Das entspricht einem Anstieg um 55 Prozent gegenüber 1998 mit 392 Anzeigen.

Dieser Anstieg ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in Oberösterreich von Beamten der Sicherheitsdirektion und der Gendarmerie zwei neonazistische Gruppen mit etwa 30 Mitgliedern zerschlagen wurden, die eine Vielzahl von Straftaten begangen hatten (siehe "Öffentliche Sicherheit" Nr. 1-2/00). Im Jahr 1999 gab es 146 Hausdurchsuchungen und 22 Festnahmen. 38 Verfahren endeten mit einer Verurteilung, 49 Fälle wurden eingestellt.

Nach dem Verbotsgesetz gab es 274 Anzeigen (1998: 198), Wegen einschlägiger Delikte im Strafgesetzbuch wurden 255 Personen angezeigt (1998: 130). Die übrigen 188 Anzeigen erfolgten wegen Verstößen nach dem Abzeichengesetz, Mediengesetz und Artikel IX EGVG (Diskriminierung).

Unter anderem gab es im vergangenen Jahr drei Brandanschläge gegen Unterkünfte, in denen Fremde wohnten, sieben tätliche Angriffe auf Ausländer und (vermeintlich) jüdische Bürger sowie eine Schändung eines jüdischen Friedhofs.

## **Rechtsextreme Jugendbanden**

Im vergangenen Jahr hätten Aktivitäten von rechtsextremen Jugendbanden zugenommen, heißt es im Jahreslagebericht 1999 des Innenministeriums über Rechtsextremismus in Österreich. Aufgrund der bisherigen Entwicklungen sei ein weiterer Anstieg der "rechtsextremen Aktivitäten und der Anzahl der rechtsextremen Akteure" möglich, warnt das Innenministerium im Rechtsextremismus-Bericht. Es bestehe aber "derzeit keine Gefährdung des Staates oder der Demokratie". Die Szene werde geprägt von rechtsextremen Skinhead-Jugendgruppen. Die Arbeit von Streetworkern sowie Aufklärungsmaßnahmen des Innenministeriums hätten nicht den gewünschten Erfolg gezeigt.

Die Mehrheit der Skinheads seien Mitläufer ohne rechtsextremistischen Hintergrund. Bei den Skin-heads in Wien versuchten so genannte "Jungglätzen" Fuß zu fassen. Eine Gruppe mit der Bezeichnung "Unsterblich" falle bei Fußballspielen auf durch Gewalt gegen die Fans der gegnerischen Mannschaften. Bewährt habe sich die bundesweite Koordination bei der Eindämmung der Gewalt in den Fußballstadien.

Wichtigstes und schnellstes Kommunikationsmittel für die Propaganda der Rechtsextremisten ist das Internet. Den Sicherheitsbehörden sind mehr als 1.400 einschlägige Home-Pages bekannt. Rassisten bieten zunehmend Internet-Seiten für Kinder an.

Neben repressiven Maßnahmen planen die Sicherheitsbehörden, die Präventionsarbeit zu verstärken, insbesondere Maßnahmen zum Schutz der Jugend. Neben der "kompromisslosen Ahndung" der Delikte von Jugendbanden werde es in Zukunft notwendig sein, intensiver mit Einrichtungen zusammenzuarbeiten, die sich mit extremistischen Jugendlichen beschäftigen und die Entwicklung in den Jugendkulturen ständig beobachten, heißt es im Rechtsextremismus-Bericht.

Innenminister Dr. Ernst Strasser erwartet sich durch das Rechtsinstrument der "erweiterten Gefahrenerforschung" eine Verbesserung der Extremismusbekämpfung. Gefährliche Extremistenorganisationen können von den Sicherheitsbehörden beobachtet werden, bevor ihre Mitglieder Straftaten begehen.

Über die Internetmeldestelle des Innenministeriums für nationalsozialistische Wiederbetätigung gingen im vergangenen Jahr 129 Hinweise und Anzeigen ein; davon 77 mit nationalsozialistischem, fremdenfeindlichen und rassistischem Bezug.